

**MANNHEIM FÜR ALLE!**

**KOMMUNALWAHLPROGRAMM  
2014-2019**

**solidarisch & sozial**

[www.dielinke-ma.de](http://www.dielinke-ma.de)

**DIE LINKE.**  
KREISVERBAND MANNHEIM

Liebe Leserinnen & Leser,

Sie halten das Mannheimer Kommunalwahlprogramm der Partei DIE LINKE in der Hand.

Seit 2009 sitzt Thomas Trüper für uns im Gemeinderat. In den letzten fünf Jahren konnten wir einiges bewegen. Das Thema Sozialticket wäre ohne uns wohl komplett von der politischen Agenda verschwunden.

Nun wollen wir in Fraktionsstärke in den Mannheimer Gemeinderat einziehen, um noch sehr viel mehr bewegen zu können.

DIE LINKE kämpft für eine Gesellschaft, in der alle Menschen frei, selbstbestimmt und in Würde leben können. Dies ist nur möglich, wenn Menschen über ihre Zukunft mitentscheiden können. Deswegen setzen wir uns auch z.B. für einen Bürgerhaushalt ein, so dass alle Mannheimer Bürgerinnen und Bürger bei der Aufstellung der kommunalen Finanzen mitbestimmen können.

Wir wollen unsere kommunale Verankerung stärken, um gerade diejenigen zu unterstützen, die in unserer Gesellschaft am benachteiligten sind.



Soziales hat für uns Vorfahrt – gerade in Zeiten von knappen Kassen und sog. “Schuldenbremsen”.

Unsere 48 KandidatInnen treten für eine bunte und solidarische Stadt für alle ein.

**Unterstützen Sie uns am 25. Mai.**

*Ihre LINKEN KandidatInnen*

## Impressum

DIE LINKE Mannheim | Wahlprogramm zum 25.05.2014  
ViSdP Thomas Trüper | T 6, 37 | 68161 Mannheim 0621-1227218  
info@dielinke-ma.de | [www.dielinke-ma.de](http://www.dielinke-ma.de)

# Inhalt

Präambel.....	4
1. Stadtentwicklung.....	5
2. Gutes und bezahlbares Wohnen für alle!.....	8
3. Solide und auskömmliche Finanzierung der kommunalen Aufgaben.....	12
4. Kommunale Beschäftigungspolitik.....	14
5. Mobilität – Voraussetzung für Teilhabe.....	18
6. Gesundheit.....	20
7. Energie.....	22
8. Stadtbild und Sicherheit in Mannheim.....	24
9. Mannheim, Stadt der Kultur für alle.....	26
10. Internationalismus und Antifaschismus....	28
11. Frauen.....	29
12. Bildungsgerechtigkeit.....	31
13. Kinderfreundliches Mannheim.....	33
14. Jugend und Studium.....	34
15. Selbstbestimmte Behindertenpolitik.....	36
16. Queer.....	38
17. Solidarisches und gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen.....	39

# Präambel: Mannheim für alle

Mannheim für alle – dafür wollen wir uns im Gemeinderat einsetzen. Dazu müssen wir stärker werden.

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass alle Menschen in Mannheim gut wohnen können, dass sie gleiche Bildungschancen bekommen, dass alle in vielfältiger Weise am kulturellen, sportlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben können – auch wenn sie nur über geringe Einkommen verfügen oder mit Behinderungen leben.

Wir wollen, dass junge Menschen sich frei entwickeln und dass betagte Menschen in Würde ihren letzten Lebensabschnitt leben können. Mannheim hat eine „bunt zusammengewürfelte“ Bevölkerung aus vielen Herkunftsländern weltweit. Das ist kein Problem, sondern eine Stärke.

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass alle Menschen respektvoll und friedlich miteinander umgehen. Deswegen heißt es immer auch: aus der Vergangenheit lernen.

Alten und neuen Nazis darf die Stadtgesellschaft in Mannheim keinen Platz einräumen. Sie bekämpfen die unteilbaren Menschenrechte und gefährden durch Hetze das Zusammenleben.

Es ist uns wichtig, dass in allen grundsätzlichen Fragen der Stadt wie auch der Entwicklung in den unterschiedlichen Quartieren die Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden.

Den Einsatz für ein soziales Mannheim verbinden wir mit dem Streben nach dem sozial-ökologischen Umbau.

All dies ist nur erreichbar, wenn das Gemeinwesen Mannheim genügend Finanzmittel zur Verfügung hat, transparent arbeitet und die öffentlichen Einrichtungen unter demokratischer Kontrolle bleiben bzw. zurückgeholt werden.

Mannheim für alle setzt eine solidarische Stadt voraus. Das ist unser Leitbild.

# 1. Stadtentwicklung

Mannheim ist eine Stadt der Stadtteile. Die ehemals selbständigen und dann eingemeindeten Stadtteile verfügen meist über eine vielseitige und gut funktionierende Struktur mit gemischter Bevölkerung. Diese Stadtteile sind in ihrem Charakter zu erhalten. Deswegen setzen wir uns für eine Stärkung der vorhandenen Nahversorgung und die Weiterentwicklung des Zentrenkonzepts ein. Versorgungsmöglichkeiten vor Ort dürfen nicht unter dem Ausbau großflächiger Einzelhandelsbetriebe an abgelegenen Standorten leiden.

Es gibt jedoch auch Stadtteile, die aufgrund des gravierenden Wohnungsmangels in der Nachkriegszeit innerhalb weniger Jahre gebaut worden sind. Dabei wurde eine ausreichende soziale und kulturelle Infrastruktur nicht berücksichtigt, was heute noch ein Mangel ist. Die nachholende Strukturverbesserung der letzten Jahre wie z.B. auf der Schönau und in der Hochstätt sind dementsprechend weiter zu betreiben.

Mannheim zeichnet sich durch starke soziale Segregation innerhalb und zwischen den Stadtteilen aus. Es ist eine wesentliche Aufgabe der Stadtentwicklungspolitik, zu einer besseren sozialen Durchmischung der Stadtteile beizutragen (siehe auch Wohnungspolitik).

Diese Grundsätze sind auch bei der „Jahrhundertaufgabe“ der Konversion von 500 ha ehemaliger US-Militärliegenschaften strikt zu befolgen.

## ► Konversion

DIE LINKE unterstützt grundsätzlich das Konversionskonzept der Stadt Mannheim.

Besonders wichtig ist uns dabei, dass die Konversionsflächen nicht nur unter die kommunale Planungshoheit, sondern durch den Erwerb der Flächen auch unter die demokratisch steuerbare Detailplanung seitens der Stadt Mannheim gestellt werden. Nur so kann auch die bürgerschaftliche Beteiligung zu ihrem Recht kommen, die wir für unverzichtbar halten. Für die repräsentative Demokratie ist Bürgerbeteiligung ein notwendiger Ratgeber und ein unverzichtbares Korrektiv.

Wir missbilligen ausdrücklich, dass der Bund die BImA (Bundesanstalt für Immobilienaufgaben) beauftragt hat, beim Verkauf der Flächen Höchstpreise zu erzielen. Dies widerspricht zutiefst dem Anspruch, dass die Kommunen auf den Flächen dem Gemeinwohl dienende Ziele umsetzen können. Wir unterstützen die Position des Deutschen Städtetages, dass das BImA-Gesetz entsprechend geändert

werden muss. Wir begrüßen die diesbezügliche Bundesratsinitiative der Landesregierung.

Für die Ausgestaltung der Konversionsflächen fordern wir:

- Die Freihaltung und Gestaltung von öffentlich zugänglichen und für die Bevölkerung nutzbaren Grünzügen

- Vorrangig: Genügend Wohnraum in guter Qualität (z.B. geschützt vor verkehrsreichen Hauptachsen) für untere und mittlere Einkommenschichten

- Gemischte Sozialstruktur, die die weitere Segregation der Stadtgesellschaft verhindert und das generationenübergreifende Zusammenleben befördert

- Intakte Infrastruktur der Nahversorgung, mit sozialer und kultureller Infrastruktur und mit Dienstleistungsangeboten

- Verträgliches, emissionsfreies Gewerbe

- Zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur, die schwerpunktmäßig auf ÖPNV und Fahrrad abhebt

- Energieversorgungs- und Einsparungskonzepte, die mindestens der Klimaschutzkonzeption 2020 der Stadt Mannheim entsprechen und dabei auch kleinteilige dezentrale Energie- und Wärme-/Kälteerzeugung einbeziehen

Die Konversion ist nach allgemeiner Auffassung eine Aufgabe für 30 Jahre und lässt Fragen der Finanzierung offen. Solche Aufgaben wurden noch nie in der Stadtgeschichte aus den laufenden Einnahmen gedeckt. Ohne die Möglichkeit längerfristiger Finanzierungsmodelle unterliegt insbesondere der Wohnungsbau dem Diktat schnellstmöglicher Refinanzierung der MWSP (MWS Projektentwicklungsgesellschaft), die mit geringem Eigenkapital ausgestattet den Flächenerwerb bewerkstelligen soll. Die mittlerweile von der Gemeinderatsmehrheit in der Hauptsatzung verankerte sog. „Schuldenbremse“ erweist sich bei der Realisierung von langfristigen Zukunftsaufgaben als sinnwidrig.

## ► BUGA

Die BUGA 23, die in einem Bürgerentscheid mit knapper Mehrheit beschlossen wurde, enthält Risiken, aber auch viele Chancen. DIE LINKE Mannheim tritt dafür ein, diese Chancen maximal zu nutzen, unter strikter Einhaltung des finanziellen Rahmens.

Die Beteiligung der Bevölkerung an der gemeinsamen Freiraumgestaltung muss gefördert, die Bevölkerung muss einbezogen werden. Das reicht von den bestehenden Schrebergartensiedlungen über neue gärtnerische, ökologische und landwirtschaftliche Projekte. „Urban gardening“, sportliche und sogar kleinteilig gewerbliche Nutzungen und auch das Wohnen in

den Randbereichen – all diese Gestaltungsoptionen wollen wir im gemeinsamen Bürgerdialog diskutieren.

Aus Sicht der LINKEN kommt der dauerhaften Sicherung von Kleingärten und der städtischen Unterstützung von bürgerschaftlichen, gärtnerischen Projekten ein hoher gesellschaftlicher Stellenwert zu.

KleingärtnerInnen erbringen einen wichtigen Beitrag für den sozialen und interkulturellen Zusammenhalt der Gesellschaft, aber auch für den Umwelt- und Naturschutz.

Als bleibender Ertrag der BUGA setzen wir uns insbesondere für folgende Elemente ein:

- Gute Erreichbarkeit des Grünzugs Nordost und des dortigen BUGA-Hauptgeländes mittels Fuß- und Radwegen, ÖPNV und S-Bahn (S-Bahn-Haltestelle Käfertal Süd)

- Eine kleinteilige ökologische Aufwertung der Au, um allen Anforderungen gerecht zu werden: Landwirtschaft, Schrebergärten, ökologische Schutzräume, Freizeiträume etc.

- ökologisch zeitgemäße Gestaltung künftiger Pachtverträge mit den landwirtschaftlichen Betrieben

- Durchgängige Verkehrserschließung des Grünzugs für FußgängerInnen und RadfahrerInnen

- Eine für die Anwohner der angrenzenden Stadtteile und BUGA-Zuwege zufriedenstellende Verkehrsplanung, insbesondere bezüglich der Alternativen zur jetzigen Straßenführung Am Aubuckel

- Die bestehenden Zielkonflikte zwischen Verkehrsberuhigung, Lärminderung, Naturschutz und einer positiven Freiraumbilanz müssen mit den Betroffenen in einer verträglichen Weise gelöst werden.

- Die Ertüchtigung von Luisen- und Herzogenriedpark sowie der Stadtteilparks und des Waldparks: Ausweitung des bisherigen Gestaltungskonzeptes auf sich verändernde gesellschaftliche Bedürfnisse („demographischer Wandel“, „grünes Klassenzimmer“).

- Die Schaffung des großen zusammenhängenden Grünzugs Nordost als Frischluftschneise unterstützen wir.

## 2. Gutes und bezahlbares Wohnen für alle! Solidarische Stadt – Auch eine Frage der Stadtentwicklung

Es wird immer behauptet, in Mannheim gäbe es einen Mangel an hochwertigen Wohnungen, insbesondere freistehende Einfamilienhäuser für Gutverdienende. Tatsächlich sieht es so aus, dass vor allem Wohnraum für Gering- und Normalverdienende immer mehr zur Mangelware wird.

Das eigentliche Defizit, das wir in Mannheim beobachten müssen, liegt also im Fehlen von bezahlbarem Wohnraum für Singles und größere Familien. Darüber hinaus verzeichnet die Stadt einen konstanten Zuzug von Studierenden und MigrantInnen. Viele junge Familien verlassen inzwischen die Stadt, weil die Wohnungen für sie im entfernteren Umland erst wieder bezahlbar werden.

Das hat verschiedene Ursachen: Die Hartz-Gesetze haben eine deutlich feststellbare Verschlechterung der Arbeits- und Einkommenssituation vieler Erwerbstätiger verursacht. Einkommensabsenkungen, oft auch durch erzwungenen Arbeitgeberwechsel, Verunstetigung (Zeitverträge, Personalleasingverträge) und die Zunahme von Minijobs. Außerdem haben gerade junge Menschen sehr oft Schwierigkeiten, einen auskömmlichen Job im Ersten Arbeitsmarkt zu bekommen. Studierende benötigen in der Region

massenweise preisgünstigen Wohnraum. Das Studentenwerk deckt mit seinen Studentenheimen nur einen Teil des Bedarfs.

Zunehmende Teile der Bevölkerung kommen ins Rentenalter. Für viele und zukünftig für noch viel mehr Menschen bedeutet dies Altersarmut; sie können ihre angestammten Wohnungen nicht mehr finanzieren.

Mannheim ist wie jede Großstadt ein Ort, an dem Flüchtlinge und neue MigrantInnen am ehesten Existenzmöglichkeiten erwarten und finden können. Ihre Einkommenssituation ist meist äußerst prekär.

### ► **Der Segregation entgegen steuern – Inklusion ermöglichen**

In Mannheim driften arme und reiche Stadtteile immer weiter auseinander (Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik: „Segregation, Konzentration, Polarisierung - sozialräumliche Entwicklung in deutschen Städten 2007-2009“). Auch der 2. Mannheimer Bildungsbericht liefert deutliche Belege für diese Entwicklung. Die Tatsache, dass in Mannheim 40 Prozent aller Kinder und Jugendlichen in Stadtteilen mit hoher Problembelastung leben, darf nicht hingenommen

werden. Stadtplanung und Bildungsplanung müssen deshalb in engem Zusammenhang gesehen werden. Um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, braucht Mannheim ein „Mannheimer Modell“, das bei Neu- und Ausbau von Wohnraum mindestens 30 Prozent geförderte, bezahlbare Wohnungen in allen Stadtteilen vorsieht.

Für uns ist es außerdem selbstverständlich, dass wir alle neu Hinzuziehenden, ob Flüchtling oder SpitzenverdienerInnen, gleichwertig als neue Mannheimer Bürgerinnen und Bürger begrüßen.

### ► **Sicherung von preisgünstigem Wohnraum**

Inzwischen wirken selbst in einigen der überwiegend günstigeren Stadtteilen Investoren, die Wohnraum zur Spekulation missbrauchen. Sie führen Luxussanierungen durch und vertreiben durch psychischen und wirtschaftlichen Druck die bisherigen MieterInnen, die dort mitunter schon jahrzehntelang leben. Wir stellen das vor allem in der Neckarstadt-Ost sowie im Lindenhof fest. In Neckarstadt-West sind erste Anzeichen ebenfalls festzustellen.

Kommunen haben das Mittel, die bestehende Sozialstruktur und damit die MieterInnen durch eine Mi-lieuschutzsatzung zu schützen. Nur so kann dem Spekulantentum Grenzen gesetzt werden.

Deswegen fordern wir:

■ (Noch) vorhandener preisgünstiger Wohnraum muss erhalten werden. Er darf weder runtergewirtschaftet noch luxussaniert werden.

■ Insbesondere die GBG und die großen Wohnungsbaugenossenschaften stehen hier in der Verantwortung. Sanierung statt Abriss! Neubauten sind von vornherein ohne spezielle Subventionen unerschwinglich.

■ Schutz vor Zwangsumsiedlungen von Hartz IV-BezieherInnen

■ Der Mannheimer Mietspiegel muss künftig auch energetische Standards berücksichtigen. Nur so können die Mietbelastungen insgesamt verglichen werden.

### ► **Neubauwohnungen erschwinglich: Auf Konversionsflächen und anderen Baugrundstücken**

■ Der Anteil an mietpreisgebundenen Wohnungen soll mit 30% in allen städtebaulichen Verträgen verbindlich festgelegt werden, speziell auch für die Konversionsflächen.

■ Diese Verträge müssen auch eine Quote für barrierefreie und barrierearme Wohnungen festlegen.

### ► **Mehr öffentliche Mittel für dauerhaft bezahlbaren Wohnraum**

■ Die Landeswohnraumförderung

muss sowohl im Volumen als auch von der Förderstruktur her erheblich aufgestockt werden, Mannheim muss einen angemessenen Anteil davon mobilisieren.

- Städtische Grundstücke müssen gezielt zur Errichtung preiswerten Wohnraums eingesetzt werden. Dies bedeutet Abgabe in Erbpacht oder preisgünstigen Verkauf.

- Zur Steigerung der kommunalen sozialen Wohnraumförderung muss die GBG aus der Wertschöpfung profitabler Projekte beitragen. Die Geschäftstätigkeit der GBG ist entsprechend auszuweiten.

► **non-Profit orientierte Eigentumsformen von Mietshäusern fördern**

- Wir treten dafür ein, dass möglichst viele Bestands- und vor allem Neubauwohnungen nachhaltig in gemeinschaftliches non-profit-Eigentum kommen. Das können Mietergenossenschaften sein, die sich neu bilden oder Modelle wie das Mietshäuser-Syndikat.

- Finanzielle und beratende Unterstützung von Genossenschaftsgründungen

- Wir setzen uns für neue, generationsübergreifende Wohnformen ein, denn gegenseitige Hilfe ist in einer alternden Gesellschaft unerlässlich.

- Die städtische GBG muss ihrer

Verantwortung gerecht werden: Im Bedarfsfall könnte sie z.B. durch den Erwerb von Wohnimmobilien wohnungspolitisch tätig werden und diese so den Spekulanten entziehen.

► **Berücksichtigung des tatsächlichen Wohnungsbedarfs**

- Das Stadtplanungsamt muss ein Einkommensprofil der Mannheimer Bevölkerung erstellen, um damit eine realistische Grundlage für die weitere Wohnungsbauplanung zu erhalten.

- Ein Runder Tisch „Wohnungswirtschaft“ unter Bürgerbeteiligung soll kontinuierlich die Entwicklung auf dem Wohnraumsektor begleiten.

► **Mannheim braucht ein „Bürgerbüro Wohnen“**

Wir setzen uns für die Schaffung eines „Bürgerbüro Wohnen“ ein, das als Anlaufstelle für wohnungssuchende Mannheimer Bürgerinnen und Bürger dienen soll. Auf diese Weise wird der tatsächliche Wohnungsbedarf deutlich. Die Bearbeitung der Anträge auf Wohnberechtigungsschein und Wohngeld würde dann sinnigerweise in diesem Bürgerbüro stattfinden. Weitere Aufgaben eines solchen Büros wären

- die Erstellung eines Katasters von barrierefreien und barrierearmen Wohnungen

- Schaffung einer Wohnungstausch-

börse für schrumpfende oder wachsende Familien sowie Unterstützung beim Wohnungstausch

■ Unterstützung beim Eintritt in Genossenschaften durch Gewährung von zinslosen Darlehen an einkommensarme Mannheimerinnen und Mannheimer zum Erwerb von Genossenschaftsanteilen

### ▶ **Stimmiges Wohnumfeld**

■ Insbesondere auf den Konversionsflächen muss die Verbindung von Wohnen und Arbeiten gefördert werden. Um den BewohnerInnen kurze Wege zu ermöglichen, soll verträgliches und emissionsfreies Gewerbe gezielt mit der Wohnbebauung durchmischt werden.

■ Die Erschließung der Wohn- und Arbeitsgebiete mit öffentlichem Personennahverkehr wollen wir vorantreiben.

■ Aufgezwungene Parkplätze verteuern den Wohnraum, deswegen unterstützen wir CarSharing, ÖPNV und andere Mobilitätsformen. Die Stadt nutzt die zu erwartende entsprechende Öffnung der Landesbauordnung.

■ Die städtebauliche und infrastrukturelle Aufbesserung benachteiligter Quartiere wollen wir fortsetzen.

■ Wir setzen uns für die sofortige Weiterentwicklung des Zentren-

konzepts ein, um die Nahversorgung der Bevölkerung in allen Stadtteilen sicherzustellen.

■ Die bestehenden Quartiermanagements und Stadtteilbüros in Beteiligung der freien Träger wollen wir auf Dauer absichern.

■ Die Freiraumgestaltung in BürgerInnenhand werden wir fördern.

■ Auch ökologische Aspekte, wie z.B. Dachbegrünungen, müssen bereits in der Planungsphase berücksichtigt werden.

### ▶ **Spielhallen und Wettbüros**

In Mannheim gibt es besonders in der Innenstadt und einigen anderen Stadtteilen zu viele Spielhallen und Wettbüros. Seit 2011 gilt in Baden-Württemberg das neue Landesglücksspielgesetz. Hiermit wird den Kommunen die Möglichkeit gegeben, den Wildwuchs an Spielhallen und Wettbüros einzudämmen. Für alle Spielhallen, die ab dem 1. Juli 2011 errichtet wurden, gilt: Sie müssen mindestens 500 Meter Luftlinie entfernt sein zu allen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche oder zur nächsten Spielhalle. Für Spielhallen und Wettbüros, die vor diesem Termin errichtet wurden, gilt eine Übergangsfrist bis Ende Juni 2017.

Wir treten ein für eine konsequentere Umsetzung des Landesglücksspielgesetzes durch die Stadt Mannheim!

### 3. Solide und auskömmliche Finanzierung der kommunalen Aufgaben

DIE LINKE hat in der Amtsperiode 2009 - 2014 dafür gesorgt, dass die Grundsteuer B um 12,5% erhöht wurde. Nur 20% dieses Steueraufkommens kommt aus Mietwohnungen, der Rest von selbstnutzenden Wohnungseigentümern und von den Eigentümern großer Immobilien, von Industrie und Handel. Diese Steuererhöhung brachte in 4 Jahren ca. 25 Mio. Euro.

Vor zwei Jahren gelang es, die alte Forderung der LINKEN durchzusetzen, den im Jahr 2000 von der CDU-Mehrheit herabgesetzten Gewerbesteuerhebesatz zur Hälfte wieder rückgängig zu machen. Das bringt pro Jahr ca. 8 Mio. Euro in die Stadtkasse.

Damit hat DIE LINKE wesentlich dazu beigetragen, dass der Stadthaushalt zur Befriedigung der vielfältigen Bedürfnisse der Bevölkerung besser ausgestattet ist. Dennoch ist der Mannheimer Stadthaushalt seit Jahren strukturell unterfinanziert.

Hier ist die Landesregierung dringend gefordert: Wegen ihrer Null-Verschuldungsdoktrin kürzt sie den kommunalen Finanzausgleichstopf. Seit Jahren ist auch die Gleichstellung des Nationaltheaters mit den Theatern in Stuttgart und Karlsruhe überfällig, was den Landeszuschuss betrifft. Einen Irrweg hat der Mannheimer

Gemeinderat im Frühjahr 2009 beschritten, als er das Verbot einer Netto-Neuverschuldung in die Hauptsatzung schrieb. Natürlich sind Schulden möglichst gering zu halten. Aber Verschuldung dient im Wesentlichen der zeitlich gestreckten Refinanzierung großer Investitionen. Sozialer Wohnungsbau beispielsweise wurde noch nie aus den laufenden Einnahmen finanziert. Den Ankauf von 500 ha Konversionsflächen kann die Stadt ebenfalls nicht aus laufenden Einnahmen decken. Sie versucht das durch Einschaltung einer GmbH (MWSP) zu umgehen. Diese soll Bankkredite aufnehmen und innerhalb von fünf Jahren wieder zurückzahlen, nachdem die wirtschaftlichen Nutzflächen weiterverkauft wurden. Für den Wohnungsbau auf den Konversionsflächen wird so von vornherein jede sozialverträgliche Ausgestaltung ausgeschlossen.

Unter dem Druck der konservativen und neoliberalen Null-Verschuldungsdoktrin wurden intransparente und teure Ausweichmanöver unternommen. So beispielsweise der Bau der Abendakademie als Leasingprojekt von privat, mit 30jähriger Bindung und ständig steigendem Zuschussbedarf. Die Neuaufnahme von Schulden wird auf städtische GmbHs verlagert, für die die Bürgerinnen und Bürger am Ende doch aufkommen müssen, ohne dass diese Gesellschaften der

Haushaltshoheit des Gemeinderats unterliegen. Hier fordert die LINKE bedingungslose Transparenz.

Eine weitere verheerende Folge der Unehrllichkeit in Sachen kommunalen Finanzbedarfs war die jahrzehntelange Vernachlässigung der öffentlichen Bauten: Schulen, Schwimmbäder, Theater – sie wurden gebaut und für die Werterhaltung wurde nicht gesorgt. Das war die teuerste Form der Verschuldung: der Aufbau eines riesigen Sanierungsstaus, der nun „aus dem Laufenden“ finanziert werden soll. Darunter leiden die sozialen Aufgaben der Stadt und die laufenden Ausgaben: für den Schulbetrieb, für gebührenfreie Kitas, für entgeltfreies Schulesen, für Sozialtickets – überall angeblich kein Geld vorhanden. Für die Subventionierung eines mietpreisreduzierten Wohnungsbaus auch nicht.

Das werden wir nicht hinnehmen. Die angebliche Generationengerechtigkeit einer radikalen „Schuldenbremse“ ist genau das Gegenteil: Der künftigen Generation werden wichtige Investitionen vorenthalten.

DIE LINKE Mannheim setzt sich deswegen für die Schaffung eines Bürgerhaushaltes ein. Das bedeutet nicht weniger, als dass wir die Bürgerinnen und Bürger Mannheims bei der

Verteilung der Finanzmittel beteiligen möchten. Demokratie ist, wenn es etwas zu entscheiden gibt. Die Gestaltung des Haushaltes ist das Kernstück kommunaler Politik.

DIE LINKE wird sich weiterhin für finanzpolitische Transparenz und für die Stärkung der Kommunalfinanzen einsetzen:

- Die kommunalen Hebesätze müssen dem tatsächlichen Bedarf angepasst sein. Die Wirtschaft braucht gute Infrastruktur, also muss sie sich in angemessener Weise an den Kosten beteiligen.
- Besser Zukunftsinvestitionen auf Kredit, als eine versperrte Zukunft “ohne Schulden”
- Kein Verkauf von städtischem “Tafelsilber”
- Bereitstellung von Subventionsmitteln für mietpreisbegrenzten Mietwohnungsbau
- Transparenz über das städtische Gesamtvermögen und über den Gesamtschuldenstand einschließlich städtischer Beteiligungen und Bürgschaften
- Bürgerhaushalt für Mannheim - Mitgestaltungsmöglichkeiten ausbauen

# 4. Kommunale Beschäftigungspolitik

## ► **Armutsbekämpfung und Beschäftigungspolitik**

Wesentlicher Bestandteil der Armutsbekämpfung sollte in einem Sozialstaat eigentlich die Sozialhilfe sein. Durch Verquickung der Sozialhilfe mit der Arbeitslosenversicherung für Langzeitarbeitslose sorgten die Hartz-Gesetze, insbesondere „Hartz IV“, für millionenfache Verarmung erwerbstätiger und erwerbsloser Menschen. Explosionsartig nahmen Zeit- und Leiharbeitsverhältnisse zu, ein riesiger Niedriglohnsektor wurde geschaffen.

Die Vernichtung von Ersparnissen und Altersvermögen tausender Erwerbsloser ist eine weitere „Leistung“ der Hartz-Gesetze. Erinnerung sei auch an die schließlich als verfassungswidrig gekennzeichneten viel zu niedrigen Regelsätze.

Die dadurch beförderte Verarmung lastet schwer auf dem Kommunalhaushalt und läuft gegen die Versuche, Bildungsgerechtigkeit herzustellen. Sie bringt tausende Menschen in die Lage, Antrag- und Bittsteller zu werden. Unter der Überschrift des „Forderns“ werden Menschen teilweise ihrer Würde beraubt, es kommt im JobCenter zu massenhaften Auseinandersetzungen zwischen „KundInnen“ und SachbearbeiterInnen,

die beide Seiten beschädigen.

Die Hartz-Gesetze sind Bundesangelegenheit. Die JobCenter jedoch sind häufig, so auch in Mannheim, „gemeinsame Einrichtungen“ von Bundesagentur für Arbeit und Kommune. Also trägt die Stadt auch Verantwortung für das Handeln des JobCenters. Die Stadt Mannheim hat eigens für die unter 25-jährigen Erwerbslosen als bundesweites Pilotprojekt das Jump Plus-Prinzip im Spezial-JobCenter „Junges Mannheim“ entwickelt. Wichtiges Prinzip ist das verpflichtende Arbeitsangebot am Tag der Antragstellung selbst.

Damit fallen die jungen Erwerbslosen aus der Arbeitslosenstatistik, meist ohne wirklich einen anständigen Arbeitsplatz zu bekommen. Vielmehr besteht die „Arbeit“ aus der Teilnahme an „Fördermaßnahmen“. Viele junge Menschen unterliegen der Hartz-IV-Gesetzgebung, obwohl sie eigentlich gar nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, weil sie schwere Bildungsdefizite aufweisen, weil ihr Sozialverhalten für die Arbeitswelt „unangepasst“ ist oder weil sie z.B. unter schwerer Drogenabhängigkeit leiden – alles oft auch Armutsfolgen. Für solche Menschen, denen der Weg in eine selbstbestimmte Zukunft erst geebnet werden muss, sind viele der Fördermaßnahmen durchaus eine

Hilfe. Die Maßnahmenträger werden jedoch nach schwankenden Maßnahmenzahlen bezahlt und verlieren immer wieder Kompetenz, weil sie MitarbeiterInnen entlassen müssen.

Viele junge Erwerbslose brauchen solche eher therapeutischen Maßnahmen jedoch gar nicht. Sie werden aber auch in Maßnahmen eingegliedert und dort beschäftigt, um aus der Statistik zu verschwinden.

Was sie brauchen sind geeignete Arbeits- oder Ausbildungsplätze. Sie werden durch den Zwang in Maßnahmen eher demotiviert und an der Arbeitssuche gehindert.

DIE LINKE Mannheim fordert:

■ Die Stadt Mannheim richtet eine unabhängige Beschwerdestelle für Klienten des JobCenter Mannheim ein, an das sich Betroffene wenden können, die sich falsch beraten, unwürdig behandelt und grundlos oder unangemessen sanktioniert fühlen.

■ Der für viele Menschen sehr konfliktträchtig erlebte Umgang mit dem JobCenter braucht eine außergerichtliche Klärungsstelle.

■ Das JobCenter berichtet dem Gemeinderat jährlich nicht nur quantitativ über ihre Förder-, Sanktionierungs- und Vermittlungstätigkeit, sondern auch über die Qualität der vermittelten Arbeitsverhältnisse (Dauer, Einkommensniveaus, besondere Bedingungen etc.).

■ Die vom JobCenter vermittelten bzw. angeordneten Maßnahmen werden jährlich auf ihre Qualität und Zweckmäßigkeit hin geprüft.

■ Kommunale Beschäftigungsangebote und Förderprogramme auch für ältere, gesundheitlich beeinträchtigte und schwerbehinderte Menschen sowie Langzeitarbeitslose.

■ Solche Förderungs- und Weiterbildungsprogramme sind den wiederholten Bewerbungsmaßnahmen vorzuziehen. Deswegen wollen wir eine Vergrößerung des kommunalen Budgets zur „Freien Förderung“ vornehmen.

■ Das Jobcenter soll das Nachholen von Schulabschlüssen zu erleichtern.

## ► Jump Plus

Die Stadt Mannheim rühmt sich mit einer weit unter dem Bundesdurchschnitt liegenden Jugendarbeitslosigkeit. Dieser statistische „Erfolg“ wird durch das Projekt Jump Plus erzielt.

Hier werden Jugendliche unter 25 Jahren sofort verbindlich verpflichtet für über 30 Stunden, häufig sogar bis zu 40 Stunden pro Woche an einer Qualifizierungsmaßnahme teilzunehmen.

Durch diese Stundenzahl fallen sie aus der Statistik heraus, sind jedoch auch einer „normalen“ Arbeitsvermittlung entzogen. Alle Betroffenen werden unabhängig von der tatsächli-

chen Situation behandelt, als lägen „Vermittlungshemmnisse“ vor.

Wir fordern deshalb, dass sich die Stadt Mannheim innerhalb der gE JobCenter für eine Änderung des Umgangs mit jungen Erwerbslosen einsetzt:

- „Junges Mannheim“ entwickelt einen Aktionsplan, der auf Kooperation anstelle von Restriktion setzt, um jungen Erwerbslosen mit Vermittlungshemmnissen Zugang zu einer qualifizierten Ausbildung oder unbefristeten Beschäftigung zu öffnen.

- Problembelastete Jugendliche werden individuell gefördert.

- Junge Menschen ohne „Vermittlungshemmnisse“ sind als erwerbslos zu registrieren und haben Anspruch auf Arbeitsvermittlung und Leistungen nach SGB II. Sie werden nicht durch sog. Qualifizierungsmaßnahmen blockiert, die sie gar nicht benötigen.

- Die Maßnahmen von „Jump Plus“ werden unter Beteiligung der TeilnehmerInnen evaluiert.

- Grundfinanzierung für die Träger, damit unbefristete Arbeitsverträge für die MitarbeiterInnen ermöglicht werden und diese den Jugendlichen kontinuierlich als persönliche AnsprechpartnerInnen zur Verfügung stehen.

- Die Stadt Mannheim verhandelt mit dem VRN, dass JumpPlus-„KundInnen“ Anspruch auf das MAXX-Ticket bekommen.

### ► **Die Stadt Mannheim als Arbeitgeberin**

- Die Stadt Mannheim stellt mehr Ausbildungsplätze insbesondere für Menschen mit „Vermittlungshemmnissen“ zur Verfügung.

- Bei der Personalbeschaffung für Verwaltung und Eigenbetriebe werden Ausschreibungen grundsätzlich an das JobCenter weitergeleitet.

- Es findet eine ernsthafte und intensive Überprüfung statt, welche beim JobCenter registrierten Personen für die ausgeschriebenen Stellen in Frage kommen.

- Für die Integration von Langzeitarbeitslosen in den Ersten Arbeitsmarkt der Stadt Mannheim wird ein/e Integrationsmanager/in bereitgestellt, der / die die Arbeitsmarktintegration begleitet und die Dienststellen und Eigenbetriebe sowie die betroffenen MitarbeiterInnen bei Problemen unterstützt.

- Die Stadt Mannheim schafft Ausbildungsmöglichkeiten für erwerbslose Elternteile als Alltagsbegleiter, die das längere selbstständige Leben älterer Menschen im eigenen Haushalt ermöglichen.

## ► **Wiederbelebung des Sozialpasses**

Der Sozialpass hat die Funktion, dass insbesondere auch Menschen mit gar keinem oder geringem Einkommen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Die Privilegien, die dieser Pass ursprünglich hatte, wurden 2010 von der CDU-Mehrheit weitgehend erodiert oder gänzlich abgeschafft. Wir möchten den Pass wieder so aus-

bauen, dass er den Menschen auch wirklich hilft.

Deswegen fordern wir folgende Nutzungsmöglichkeiten:

- Freier Zugang aller begünstigten Kinder und Jugendlichen zu allen Schwimmbädern und Schwimmhallen
- Vergünstigter Zugang zu kulturellen und Bildungseinrichtungen
- Verbindung mit dem Sozialticket

# 5. Mobilität - Voraussetzung für Teilhabe

Mobilität ist eine Voraussetzung für die wirtschaftliche, soziale, kulturelle, gesellschaftliche und politische Teilhabe der Menschen. Deswegen setzen wir uns für breitere Unterstützungsangebote für alle diejenigen ein, die in ihrer Mobilität durch Behinderungen oder aufgrund ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage eingeschränkt sind.

Die ungünstige Lage wichtiger Einrichtungen, z.B. durch große Distanzen zwischen Wohn- und Arbeitsplatz, führt (oft auch ungewollt) zu unüberwindbaren Hindernissen für die Betroffenen. Die Stadtplanung hat hier die Aufgabe, eine „Stadt der kurzen Wege“ zu ermöglichen.

Massenmobilität stellt ein Problem für den Umweltschutz und die Lebensverhältnisse in den Zentren und an den Hauptverkehrsachsen dar. Die Stadtplanung muss hier das Ziel verfolgen, den „modalen Mix“ der genutzten Verkehrsmittel in Richtung ÖPNV, Fahrrad und e-Mobilität zu lenken.

Darüber hinaus setzen wir uns für die Prüfung von Verbesserungsmaßnahmen entlang vielbefahrener Einfallstraßen ein, wie z.B. die B 36 (Neckarauer Straße), B 38 (Friedrich-Ebert-Straße, Rollbühlstraße) und die B 44 (Untermühlaustraße). In dicht bebauten Wohngebieten können Ge-

schwindigkeitsreduzierungen oder Untertunnelungen zu erheblichen Verbesserungen der Wohnqualität führen. Mittelfristig ist der seit Jahren angedachte Bau der Westtangente umzusetzen.

## ► **Sozialticket**

■ Ein Monats-Sozialticket für ca. 20 Euro/Monat, gültig im Verkehrsverbund Rhein-Neckar und ohne Abo-Verpflichtung mit Schufa-Nachfrage

■ Diskriminierungsfreie Ausgabe über die Fahrkartensautomaten

■ Die Verhandlungen mit dem VRN könnten am Tarifprodukt Karte 60+ und seiner Öffnung für den genannten Personenkreis ansetzen.

■ Zusätzlich soll es weiterhin auch Einzelfahrscheine zu 1 Euro für Menschen geben, die weniger Fahrten vorhaben und für die sich ein Monats-ticket nicht lohnt.

■ Das beliebte Ticket 24 (plus) ist wieder einzuführen, das insbesondere Familien, Vereinen und Gruppen günstiges Reisen ermöglicht.

## ► **Stärkung des ÖPNV in der Metropolregion**

■ Taktverdichtung von Stadtbahn-

und Buslinien insbesondere nach 20 Uhr. Buslinien sollen v.a. an den Wochenenden auch spät abends die Erschließung der entfernteren Stadtteile gewährleisten. Um eine Überlastung des Verkehrsknotenpunktes Paradeplatz zu vermeiden, muss das Liniennetz ggf. überarbeitet werden.

- Die Fahrpreise müssen gesenkt werden. Die zusätzlichen Kosten werden sich teilweise durch steigenden Absatz kompensieren.

- Perspektivisch: Prüfung des Modells „fahrtscheinloser bzw. kostenloser ÖPNV“

- Entwicklung eines Park-and-Ride-Systems, das ganzjährig angeboten wird

- Barrierefreier Ausbau aller ÖPNV-Einrichtungen

- Stärkung der Fahrgastsicherheit in den Fahrzeugen und an den Haltestellen primär durch Aufsichtspersonal

- Ausbau und Ertüchtigung der Stadtbahn- und Bushaltestellen am Hauptbahnhof

### ▶ **Fahrradverkehr stärken**

- Verbesserte Sicherheit von Radfahrern und Fußgängern bei Radwegen im Seitenraum durch deutlichere Trennung vom Gehweg

- Behebung der Fahrrad-Abstellprobleme am Hauptbahnhof durch ein neues Konzept. Ein zusätzliches Fahrradparkhaus auf dem Postareal könnte hierbei Abhilfe schaffen.

- Bessere Anbindung des Mannheimer Südens, insbesondere für Fahrradfahrer

### ▶ **CarSharing unterstützen**

- Den Car Sharing-Unternehmen wollen wir die Parkplatz-Mietgebühren erlassen, um sie als Träger von Gemeinwohlinteressen zu unterstützen.

# 6. Gesundheit

Gesundheit ist keine Ware, die sich die einen leisten können und die anderen nicht, sondern ein Menschenrecht. Kinder, die in Armut aufwachsen, weisen als Erwachsene ein deutlich schlechteres Gesundheitsbild auf. Umgekehrt erhöht chronisch schlechte Gesundheit das Armutsrisiko. Und wer arm ist, muss früher sterben.

Sozialpolitisches Ziel muss es deshalb sein, durch kommunale Initiativen zusätzlich Gesundheitsbelastungen einzuschränken:

DIE LINKE Mannheim fordert eine öffentliche Gesundheitsversorgung, die allen Menschen in Mannheim eine optimale Vorsorge ermöglicht, indem sie Prävention und Gesundheitsförderung zu einer vorrangigen öffentlichen Aufgabe macht.

Dazu sind in den Stadtteilen entsprechende Beratungsangebote und Gesundheitszentren einzurichten, weil gerade in ärmeren, nicht zentralen Stadtteilen eine schleichende Unterversorgung mit (Fach-)ÄrztInnen droht.

## ► **Krankenhäuser in Mannheim**

DIE LINKE Mannheim fordert den Erhalt einer bedarfsgerechten, qualitativ hohen und wohnortnahen Kran-

kenhausversorgung. Dazu gehört ausreichend und gut qualifiziertes Personal. Der Personalabbau beim Pflegepersonal muss sofort gestoppt werden – bevor der Zustand „gefährliche Pflege“ und Gesundheitsgefährdung des Personals in den Krankenhausalltag einkehrt.

Die Finanznot der Krankenhäuser wird, wie so oft, zu Lasten der Beschäftigten ausgetragen. So ist in den letzten Jahren die Anzahl der Vollzeitstellen auch im „Universitätsmedizin Mannheim (UMM)“ immer weiter gesunken. Das UMM ist das einzige Krankenhaus in Mannheim, das den Anspruch eines „Krankenhauses der Maximalversorgung“ erfüllt. Es gehört zu 100% der Stadt Mannheim und unterliegt damit auch der Verantwortung des Trägers.

Zudem hält das Land Baden-Württemberg seit Jahren dringend benötigte Investitionsgelder zurück. Folge ist, dass die Krankenhäuser Mittel aus den laufenden Budgets abzweigen, um dies auszugleichen.

■ Die Stadt muss sich in angemessener Höhe an diesen Investitionskosten beteiligen, um weiteren Stellenabbau entgegenzutreten.

■ Keine Privatisierung des Mannheimer Klinikums oder von Teilstrukturen:

Gesundheit ist keine Ware und darf nicht zum Spielball der Renditefähigkeit werden.

■ Alle Arbeitsplätze im Klinikum müssen in öffentlicher Hand bleiben.

### ► **Pflege- und Betreuungsleistungen für ältere Menschen**

Vier Mannheimer Altenpflegeheime (APHs) gehören zu 100% der Stadt Mannheim. Sie müssen zunehmend mit privaten Anbietern konkurrieren, die lediglich die examinierten AltenpflegerInnen nach Tarif bezahlen. Bei allen anderen Arbeitskräften um-

gehen diese jedoch im Gegensatz zu den APHs den Tarif und können damit ihre Leistungen billiger anbieten.

■ Beteiligung der Stadt an den erforderlichen Investitionen: Die APHs müssen dem Versorgungsauftrag gegenüber unseren älteren Mitmenschen wieder nachkommen können.

■ Ausreichende und dezentrale Erweiterung des bestehenden Angebots an Tagespflegeeinrichtungen in allen Stadtteilen

■ Ambulant vor Stationär – Pflege in der eigenen Wohnung hat Vorrang

# 7. Energie

## ► **Kommunale Klimapolitik nachhaltig, ökologisch und sozial**

Die MVV Energie AG sind keine Stadtwerke mehr, sondern ein überregional und europäisch tätiger Energiekonzern. Trotz Aktienanteil der Stadt von 50,1% hat der Mannheimer Gemeinderat und damit die BürgerInnen nur geringe Einflussmöglichkeiten auf die Geschäftstätigkeit. Auch der Beitrag der MVV Energie AG zur Energiewende ist eher auf niedrigem Niveau. Mit der Beteiligung am Großkraftwerk Mannheim und dem Bau des neuen großen Steinkohleblocks GKM 9 befindet sich das Unternehmen in der Sackgasse der Kohleverstromung.

Selbst ökonomisch stellt sich die Investition als Fehlentscheidung heraus. Nur durch neue staatliche Wirtschaftshilfen wie in der Planung von Wirtschaftsminister Gabriel vorgesehen wird GKM 9 eventuell wirtschaftlich betrieben werden können. Die entstehenden Kosten werden dann aber insbesondere Privatkunden über die Strompreise aufgebürdet. DIE LINKE Mannheim lehnt den Bau und Betrieb des Blocks 9 deswegen nach wie vor ab.

Wir halten diesen Weg ökologisch und ökonomisch für falsch. Wir treten ein für ein kommunales Stadtwerk mit

starker Bürgerbeteiligung, das sich zum Ziel setzt, vorrangig erneuerbare Energien zu nutzen und Potenziale der Energieeffizienz und des Energiesparens in der Stadt und im Verbund in der Region zu erschließen.

Wir fordern:

- Bau dezentraler Biogas-Blockheizkraftwerke (BHKW) zur Strom- und Nahwärmeversorgung, insbesondere auf den Konversionsflächen

- Vorrang für Bürgerkraftwerke

- Auskopplung von Fernwärme aus dem Holz-Kraftwerk auf der Friesenheimer Insel wie im Klimakonzept vorgeschlagen

Wir unterstützen das Konzept des Deutschen Mieterbundes: Bei der energetischen Sanierung von Gebäuden erfolgt eine Drittelung der Kosten zwischen Mieter, Vermieter und der öffentlichen Hand. Das entspricht dem Vorteil, den jede Partei aus der Sanierung bezieht.

- Unabhängige, kommunale Energie- und Mobilitätsberatung für alle BürgerInnen zur Senkung der Energiekosten und Entlastung des Klimas

- Förderprogramme speziell auch für einkommensschwache Menschen, z.B. 150 Euro pro energiesparendem

Kühlschrank mit Ratenzahlungsoption („Mini-Contracting“, wie in NRW praktiziert)

■ Diese Förderhilfen müssen allerdings diskriminierungsfrei allen BürgerInnen angeboten werden und nicht nur MVV Kunden.

■ Wir fordern ein Modell, nach dem Stromprodukte ohne Grundpreis und mit einem kostenfreien Grundverbrauch (Höhe je nach Familiengröße) angeboten werden. Der darüber hinausgehende Verbrauch wird allerdings entsprechend teurer veranschlagt.

### ► **Trinkwasser**

Trinkwasser ist ein grundlegendes und notwendiges Lebensmittel.

Deshalb sind Wasserressourcen als Gemeingut zu betrachten.

Insofern gehört die Wasserversorgung in die Hände der Gemeinde in Form des Eigenbetriebes unter direkter Kontrolle des Gemeinderates.

Durch die Eingliederung der Wasserversorgung in die MVV Energie AG besteht die Gefahr eines vollständigen Verlustes der kommunalen Einflussmöglichkeiten an große auch international tätige Unternehmen, sollte die EU-Kommission die Türen für Privatisierung öffnen.

DIE LINKE Mannheim tritt daher perspektivisch für eine Rückführung der Wasserversorgung als Eigenbetrieb der Stadt Mannheim ein

## 8. Stadtbild und Sicherheit in Mannheim

Das Leben in Mannheim bietet Vielfalt in jeglicher Art und Weise. Das macht das Lebens- und Liebenswertes an dieser Stadt aus.

Gleichzeitig fühlen sich aber auch viele Menschen unwohl, wenn sie sich in bestimmten Stadtteilen, vor allem in der Innenstadt und der Neckarstadt-West, bewegen. Müll und Hundekot auf den Wegen und in den Grünflächen sowie manche bedrohlich dunklen Ecken erzeugen bei vielen Menschen ein Gefühl mangelnder Ordnung, eingeschränkter Sicherheit und Lebensqualität. In der Tat könnte hier so manches zum Besseren gewendet werden.

Alle in Mannheim kommunalpolitisch aktiven Parteien und Gruppierungen beklagen diese Missstände und fordern mehr Sicherheit und Sauberkeit. Allerdings bleiben diese Forderungen vage und es ist unklar, wie und mit wem sie umgesetzt werden sollen. Hier gibt es nur eine Möglichkeit, um Fortschritte bei Sicherheit und Sauberkeit sehr leicht zu erzielen: Mehr Personal bei der Stadtreinigung und dem Ordnungsamt.

Das kostet natürlich Geld. Wir sind der festen Überzeugung, dass nur durch Personalaufstockungen eine dauerhafte Besserung bei Sicherheit

und Sauberkeit erreicht werden kann. Damit Mannheim weiter „unsere Stadt“ bleibt bzw. es wieder wird, stellen wir folgende Forderungen:

■ Mindestens 40 neue und unbefristete Vollzeitstellen in der Stadtreinigung

Mit nur rund 100 Kräften, die derzeit für die Reinigung des gesamten Stadtgebiets zuständig sind, ist eine zufriedenstellende Sauberkeit nicht zu erreichen. Zwar werden jetzt 10 zusätzliche Stellen geschaffen, das reicht aber bei weitem nicht aus, weshalb wir zusätzlich weitere 30 fordern. Die Reinigungskräfte sind nämlich nicht nur für die Sauberkeit der Straßen, Wege und Plätze, sondern zum Beispiel auch für die zahlreichen Kinderspielflächen zuständig.

Es ist uns bewusst, dass die jetzt geschaffenen und die weiteren 30 Vollzeitstellen mit jährlichen Zusatzkosten von rund zwei Millionen Euro zu Buche schlagen. Aber nur durch diese Ausgabensteigerung lassen sich Erfolge erzielen. Mannheim hat inzwischen unverkennbar ein „Schmuddelimage“. Das muss dringend geändert werden, auch um Familien besser an die Stadt zu binden.

■ Zehn zusätzliche Vollzeitstellen beim Ordnungsamt

Mangelnde Sicherheit und Sauberkeit haben als häufige Ursache fehlende Kontrolle. Die Stadt hat beispielsweise Satzungen, die das Reinigen der Gehwege durch die Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer regeln. Sie bieten auch die Möglichkeit, das Wegwerfen von Müll auf Straßen und Plätze mit einem Verwarnungsgeld zu belegen.

Gerade auf Grund jüngster Vorkommnisse tragischster Art, ist die Debatte um Angsträume wieder verstärkt in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt.

■ „Angsträume“ müssen kleinteilig untersucht und beseitigt werden, z.B. durch Rückschnitt oder Beseitigung von Bewuchs und verbesserte Beleuchtung.

Diese Forderungen zielen nicht darauf ab, in Mannheim eine polizeistaatliche Atmosphäre zu schaffen. Sie sollen vielmehr dazu beitragen, dass sich die Menschen im öffentlichen Raum wohl und sicher fühlen.

Nur so bleibt Mannheim auch tatsächlich unsere Stadt.

## 9. Mannheim, Stadt der Kultur für alle

Mannheim ist eine Stadt, die sehr reich an Kultur ist. Dies hat eine lange Tradition die erhalten, gefördert und ausgebaut werden muss.

Wir denken dabei nicht alleine an die sogenannte Hochkultur, wie sie beispielsweise erfolgreich durch das Vierspartenhaus Nationaltheater, die Kunsthalle und die REM repräsentiert wird. Auch die freie Szene, bestehend aus zahlreichen freien Theatern, bildenden Künstlerinnen und Künstlern, Musikerinnen und Musikern wollen wir fördern. Eine Stadt, der es gelingt alle Arten von Kunst angemessen zu fördern, macht sich selbst lebenswert und zum Anziehungspunkt kreativer Menschen, die diesen Prozess perpetuieren.

Kunst erlebbar zu machen, darf aber nicht ausschließlich von der individuellen sozialen Situation unserer Einwohnerinnen und Einwohnern abhängig sein. Der neu eingeführte Kulturpass ist ein Schritt in die richtige Richtung. Weitere müssen folgen.

Deshalb sehen wir folgende Punkte zur Fortentwicklung der Mannheimer Kultur als besonders wichtig an:

- Bedarfsanpassungen statt Kürzungen im Kulturretat: Diese haben die Haushalte noch nie „saniert“, sondern prekäre Situationen nur verschärft.

- Förderung der freien Theaterszene, die neben dem Nationaltheater eine äußerst lebendige Bereicherung dieser Kunstrichtung darstellt.

- Ausbau der Ateliersförderung von derzeit 10 auf 20 KünstlerInnen, was mit relativ geringem finanziellem Mehraufwand möglich ist.

Im Bereich der freien bildenden Künstler sehen wir in Mannheim noch erheblichen Nachholbedarf bei der Förderung. Ein Künstlerhaus, in dem von der Stadt geförderte Stipendiatinnen und Stipendiaten arbeiten und ausstellen und in dem Künstlerklassen ausgebildet werden können, wäre eine sehr gute Bereicherung und Förderung dieser Kunstrichtung. Wir sind sicher, dass sich insbesondere auf den Konversionsflächen geeignete Objekte finden ließen. Künstlerinnen und Künstler der freien Szene schließen sich derzeit zusammen, um solch ein Projekt Wirklichkeit werden zu lassen. Wir fordern, dass das direkt von der Stadt finanziell unterstützt wird.

Die Stadt kauft seit Jahrzehnten keine Objekte von Mannheimer Künstlerinnen und Künstlern mehr auf. Wir fordern, dass dies geändert wird. Die Stadt soll jährlich eine bestimmte Anzahl von Werken erwerben. Dies fördert die Künstlerinnen und Kün-

stler direkt und Ausstellungsmöglichkeiten in städtischen Immobilien gäbe es genug.

Die geplante Streichung der Sparte klassische Musik an der Mannheimer Musikhochschule lehnen wir vehement ab. Dies würde nicht nur ein kultureller Kahlschlag für Mannheim alleine, sondern auch weit in die Region hinein bedeuten. Unsere Region verfügt neben dem renommierten Opernhaus des Nationaltheaters auch über zahlreiche weitere Orchester, die sich auf hohem bis höchstem Niveau bewegen. Ohne die Ausbildung in der Sparte „Klassik“ an der Musikhochschule ist für uns die Zukunft dieser Musikrichtung in unserer Region nicht denkbar. Uns ist bewusst, dass die Finanzierung der Musikhochschule keine zuvorderst kommunale Aufgabe ist.

Aber es ist eine kommunale Aufgabe, für den Erhalt der Sparte „Klassik“ an der Musikhochschule zu kämpfen.

Wir begrüßen den geplanten Neubau an der Kunsthalle. Dieser ist dringend notwendig, da der Mitzlaffbau für Ausstellungen ungeeignet und auch nicht barrierefrei ist.

Durch den Neubau erhält die Kunsthalle endlich die Möglichkeit, Ausstellungen in dem ihr gebührenden Rahmen durchzuführen. Dann können auch viele bisher nicht gezeigte eigene Objekte der kunstinteressierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

DIE LINKE Mannheim steht dem Vorhaben der Stadt, sich 2025 als „Europäische Kulturhauptstadt“ zu bewerben, aufgeschlossen gegenüber.

# 10. Internationalismus und Faschismus

In Mannheim gibt es inzwischen eine gute Tradition, den alten und neuen Nazis über alle Partei- und politische Färbungsgrenzen hinweg geschlossen entgegenzutreten. DIE LINKE befürwortet diese wirksame Vorgehensweise. Wir unterstützen das Bündnis „Mannheim gegen Rechts“ und dessen weitere finanzielle Förderung durch die Stadt.

Die Mannheimer Erinnerungskultur an den Nationalsozialismus und seine Opfer ist in Mannheim weit entwickelt. Bürgerschaftliche Initiativen spielten und spielen dabei eine wichtige Rolle.

Jüngstes Ergebnis der Spurensuche ist die wissenschaftliche Untersuchung der Arisierungen in Mannheim, ausgehend von der Enthüllung der Arisierungsaktivitäten des Mannheimer Mäzens und Ehrenbürgers Heinrich Vetter durch die Arbeitsgemeinschaft „Justiz und Geschichte des Nationalsozialismus“. Wir fordern, die vom Gemeinderat beschlossene Gedenkstätte zur Arisierung zügig in Angriff zu nehmen. Wir halten aufgrund der Pilotfunktion der Stadt Mannheim in Sachen Arisierung im

Dritten Reich eine Bundesgedenkstätte für erforderlich, die die grundlegende Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit und der ungeteilten Gültigkeit von Menschenrechten verdeutlichen soll.

Ein dunkler Fleck in der Mannheimer Gedenkkultur ist die nach wie vor praktizierte Feierstunde zum Volkstrauertag, eine vom Militarismus getragene und im Nationalsozialismus begeistert aufgegriffene Tradition. Wir fordern, dass sich die Stadt Mannheim von dieser Tradition distanziert und stattdessen die Durchführung von antimilitaristischen und antifaschistischen Feierstunden veranlasst.

Gemeinsam mit anderen politischen Organisationen und Vereinigungen setzen wir uns seit jeher für das solidarische und gleichberechtigte Zusammenleben aller Menschen in Mannheim ein.

Für uns ist es auch wichtig, über die Ursachen von Kriegen, Flucht und Vertreibung zu informieren. Die Stadt hat hier einen Bildungsauftrag, dem sie nachkommen muss.

# 11. Frauen

Frauen stellen über 50% der Bevölkerung. Trotzdem haben sie lange noch nicht die gleichen Chancen auf gesellschaftliche und finanzielle Teilhabe wie Männer.

Im Schnitt liegt das Einkommen der Frauen 20% unter dem ihrer männlichen Kollegen. Im Gegensatz dazu leisten Frauen deutlich mehr unbezahlte Arbeit als Männer, ob im Haushalt, bei der Kinderbetreuung, bei der Pflege älterer Menschen oder im ehrenamtlichen Engagement.

Frauenpolitik ist für DIE LINKE Mannheim Thema in allen gesellschaftlichen Bereichen. Öffentliche Leistungen werden von Frauen und Männern in unterschiedlicher Weise in Anspruch genommen. Darum ist eine geschlechtergerechte Mittelverteilung im städtischen Haushalt vorzunehmen.

Im Juni 2011 wurde vom Gemeinderat die „EU-Charta zur Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ beschlossen und unterzeichnet. Spätestens im Sommer 2013 hätte ein „Gleichstellungsaktionsplan“ vorgelegt werden müssen. Damit ist die Stadt Mannheim längst überfällig.

Die Umsetzung der Anforderungen, wie sie in der EU-Charta formuliert

sind, würde wesentlich dazu beitragen, die geschlechtergerechte Demokratie auf kommunaler Ebene zu stärken. Dort heißt es: „Als die den BürgerInnen am nächsten stehende Regierungsebene sind Lokalbehörden am besten geeignet, die Fortdauer und Neubildung von Ungleichheiten zu bekämpfen“.

Die Stadtverwaltung hat als einer der größten Arbeitgeber Mannheims Vorbildfunktion. Aber auch hier: Je höher die Position, desto geringer der Frauenanteil. Darum hat die Stadt Mannheim „Maßnahmen zur Sicherstellung einer ausgewogenen Vertretung von Frauen und Männern auf allen Ebenen, insbesondere zur Beseitigung von Unausgewogenheiten auf der Führungsebene“ auf den Weg zu bringen.

Wesentliche Voraussetzung, damit sowohl Frauen als auch Männer beruflich zufrieden und erfolgreich wirken können, sind „Maßnahmen zur Sicherstellung angemessener, gesunder und sicherer Arbeitsbedingungen“. (Art. 11 EU-Charta)

■ Die Vergabe öffentlicher Gelder im Rahmen des Beschaffungs- und Vertragswesens muss daran gekoppelt werden, dass die bei den anbietenden Unternehmen und Dienstleistern beschäftigten Frauen die gleichen Ge-

hälter bekommen wie Männer und auf allen Gehaltsstufen gleichermaßen berücksichtigt werden.

■ Art. 19 EU-Charta: Mannheim hat mit seiner Unterzeichnung der EU-Charta anerkannt, „dass Frauen und Männer oft speziellen und unterschiedlichen Wohnbedarf haben...Im Durchschnitt verdienen Frauen weniger als Männer und benötigen daher für sie leistbaren Wohnraum...“

■ Beteiligung und Mitbestimmung bei allen planerischen und baulichen Belangen, sowohl bei der Erstellung, Annahme und Umsetzung der Pläne (s. Art. 25 EU-Charta). Sichert, dass auf allen Entscheidungsebenen Frauen nicht unterrepräsentiert sind.

Frauen sind aufgrund ihrer vielfältigen gesellschaftlichen Aufgaben besonders stark auf eine „Stadt der kurzen Wege“ angewiesen. Dazu gehört insbesondere:

■ Gute Erreichbarkeit von hellen, sicheren und einsehbaren sowie wettergeschützten Haltestellen

■ Wir setzen uns für einen stärkeren Ausbau der „Ruf-Taxis“ für Frauen ein.

■ Das vorhandene Beratungsangebot für Frauen muss auch dezentral in allen Stadtteilen bedarfsdeckend ausgebaut werden.

■ Bedarfsdeckende Finanzierung von Frauenhäusern, Frauen- und Mädchennotruf und sonstigen Hilfseinrichtungen

■ Kostenlose Deutschkurse mit Kinderbetreuung für Frauen mit Migrationshintergrund, unabhängig vom Einkommen und Dauer der Aufenthaltsbewilligung. Die Kurse sollten mindestens 800 Stunden umfassen und für alle Länder, EU-Mitglied oder nicht, gelten. Deutschkurse, die vor der Anreise im Herkunftsland absolviert werden müssen, sind qualitativ meist unzureichend oder unerschwinglich oder dienen nur der Geschäftemacherei.

■ Frauen sollten eine vom Ehemann unabhängige Aufenthaltserlaubnis und Arbeitserlaubnis bekommen, und die Einbürgerung sollte ihnen erleichtert werden.

# 12. Bildungsgerechtigkeit

## ► **Bildung und Ausbildung für Alle!**

Bildung ist ein Menschenrecht. Alle haben Anspruch auf Bildung, unabhängig von „dem Bett, in dem sie geboren“ sind, unabhängig von ihrer ethnischen und religiösen Herkunft, unabhängig auch von einer Behinderung.

Bildung ist gerade in unserer sich schnell verändernden Industrie- und Informationsgesellschaft ein lebenslanger Anspruch. Unser Vorbild ist eine Schule für Alle: Für Sozial- und Bildungsstärkere und für Schwächere, für Kinder mit und ohne Behinderungen – also eine Schule, die nicht ausgrenzt und selektiert, sondern integriert und inklusiv arbeitet.

Hierzu hat die Stadt Mannheim wichtige Maßnahmen entwickelt, die in die richtige Richtung weisen. Die Stadt darf dabei nicht in Abhängigkeit von Stiftungen und Sponsor-ingen geraten.

Wir legen Wert insbesondere auf:

- Unentgeltlichen Ganztags-Kitabsuch
- Fortsetzung des Ganztagschulen-Programms

- Gebührenfreie Angebote in Sport, Musik und Kunst

- Rascher Aufbau einer zweiten integrierten Gesamtschule im Mannheimer Süden

- Ausbau der sozialpädagogischen Unterstützungsarbeit an den Schulen

- Maßnahmen gegen Mobbing an den Schulen und in SocialMedia (z.B. facebook und twitter)

- Gebührenfreies und gesundes Mittagessen an Kitas und Schulen

- Sicherung, Ausbau und personelle Stärkung der Jugendhäuser sowie der freien Jugendarbeit, unabhängig vom und ergänzend zum Ausbau der Ganztageschulen.

- „Kein Werben fürs Sterben“ – Jugendoffiziere raus aus den Schulen

Wir begrüßen die Bildungsoffensive der Grün-Roten Landesregierung, die u.a. auch die Akzeptanz verschiedener sexueller Identitäten in den „Bildungsplan 2015“ aufgenommen hat.

Auch im Bereich der Ausbildung und beim Übergang ins Berufsleben sehen wir Verbesserungsbedarf. So liegt das duale System der Berufsausbildung auch in der sozialen Verant-

wortung der Arbeitgeber, die ihr aber unzureichend nachkommen.

Die Stadt muss bei der Ausbildung Vorbildfunktion einnehmen.

Gerade in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise dürfen die Bildungseinrichtungen der Stadt nicht reduziert und eingeschränkt werden.

■ Umfassende Ausbildungsberatung für SchülerInnen und Eltern

■ Vollversorgung mit Ausbildungsplätzen für Jugendliche, die keinen unmittelbaren Zugang zum Ersten Arbeitsmarkt finden

■ Gezielte und professionelle Unterstützung der Jugendlichen am Übergang Schule – Beruf

■ Angebote der Erwachsenenbildung als Sozialpassleistung

Langfristig fordern wir:

■ Unentgeltliche Kitas

■ Flächendeckende Einführung von Gemeinschaftsschulen mit integrierter Sekundarstufe 2

■ Weitest mögliche Inklusion behinderter Kinder und Jugendlicher in Kitas und Schulen

# 13. Kinderfreundliches Mannheim

Wie solidarisch eine Gesellschaft ist, lässt sich immer auch an den Chancen und Möglichkeiten beurteilen, die alle Kinder haben, unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern. Insbesondere, da Kinder in ihren Entwicklungsmöglichkeiten maßgeblich von ihrem sozialen Umfeld abhängen.

Bildungsgerechtigkeit ist deswegen eines unserer wichtigsten Ziele. Gerade auch Kinder mit Entwicklungsstörungen brauchen hierbei besondere Aufmerksamkeit.

Für unsere Kinder fordert DIE LINKE Mannheim deswegen:

- Erhöhung des Krippenangebots auf eine Versorgungsquote von 45%

- Frühkindliche Förderung, besonders im sprachlichen Bereich

- Ausbau von Mehrsprachigkeit in den Schulen zur Verbesserung der Sprachkompetenz

- Ausbau und Instandhaltung von Spielplätzen, sichere Wege dorthin

Wir unterstützen die Fortführung der Stadtteilkonferenzen für Kinder und Jugendliche. Diese haben wichtige Erkenntnisse geliefert und sollten von der Stadt Mannheim als ständige Einrichtung etabliert werden.

Die Ergebnisse dieser Konferenzen müssen in die politischen Entscheidungsprozesse aufgenommen werden.

# 14. Jugend und Studium

## ► **Kostenloses Metropolticket für Kinder und Jugendliche**

DIE LINKE Mannheim fordert mittelfristig ein kostenloses „Metropolticket“ für Kinder und Jugendliche, das zur freien Fahrt ab 18:00 Uhr und am Wochenende ganztägig berechtigt.

Auf diese Forderung haben sich die Jugendverbände von SPD, GRÜNE und LINKE aus der Rhein-Neckar-Region im Jahr 2011 verständigt. Damit soll Kindern und Jugendlichen, die über kein MAXX-Ticket verfügen, Mobilität bei der Abend- und Wochenendgestaltung ermöglicht werden. Dieses Problem nimmt mit jeder Preiserhöhung des MAXX-Tickets kontinuierlich zu.

## ► **Zugang junger Menschen zu Kultur fördern**

■ Neubau der Stadtbibliothek und Modernisierung des Angebots und Ausleihsystems

■ Preisgünstiges Theater-Abo für SchülerInnen, das nicht nur das Nationaltheater, sondern auch die freie Kulturszene berücksichtigt

■ Stärkere finanzielle Förderung von nichtkommerziellen Angeboten wie das JUZ in Selbstverwaltung oder das Jugendkulturzentrum FORUM

■ Ausbau und Sanierung von Spielplätzen und Bolzplätzen

■ Schaffung einer städtischen Jugendbegegnungsstätte mit Tagungsräumen und Übernachtungsmöglichkeiten für Schulen und Vereine, um das jugendkulturelle Angebot zu erweitern. Diese könnte beispielsweise vom Stadtjugendring getragen werden.

## ► **Ring politischer Jugend (RPJ)**

Zur besseren Teilhabe junger Menschen ist der Ring politischer Jugend (RPJ) unter Beteiligung aller Jugendorganisationen neu zu gründen und eine Demokratisierung der SMVen zu fördern. Hierbei wäre eine stadtweite SchülerInnenvertretung mit hauptamtlicher Vollzeitstelle, die von allen Schülerinnen und Schülern gewählt wird, ein wichtiger Schritt. Bei der Einstellung von SchulsozialarbeiterInnen soll die örtliche SMV ein Veto-Recht mit aufschiebender Wirkung erhalten.

## ► **Ganztageschulen aufwerten**

Gebundene Ganztageschulen dürfen keine Verwehranstalten mit beschäftigungstherapeutischem Ansatz sein. Eine kritische Auswertung der Ganztagesangebote ist überfällig. Offene Ganztagesmodelle, die sich zwangs-

läufig an den Interessen der Schüler orientieren müssen, gilt es stärker zu fördern. Dafür müssen die Schulen ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt bekommen.

Sofern eine Kantine in der Schule vorhanden ist, ist zusätzlich auf eine vegetarisch-vegane Menü-Linie zu achten, um Ausgrenzung beim Mittagessen zu verhindern.

### ▶ **Ausgrenzung und Mobbing entgegentreten**

Damit Ausgrenzung im Alltag und Mobbing verhindert wird, muss ein Aktionsprogramm ins Leben gerufen werden. Dieses soll SchülerInnen und LehrerInnen über die Gefahren aufklären und für Mobbing sensibilisieren, sowohl von Seiten der SchülerInnen als auch der LehrerInnen.

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus muss bei Jugendlichen frühzeitig erkannt und verhindert werden.

### ▶ **Hochschulen in Mannheim**

■ Mehr Engagement der Stadt bei der Schaffung von studentischem Wohnraum, z.B. durch Einbeziehung der Konversionsflächen

■ Das Semesterticket muss bezahlbar sein und weiterhin bei Erstwohnsitzwechsel einmalig finanziert werden.

■ Die Stadt Mannheim soll sich dafür stark machen, dass ausreichend Masterplätze geschaffen werden.

■ Die Stadt wird sich weiterhin für die Erhaltung der Klassik-Ausbildung an der Musikhochschule stark machen.

# 15. Selbstbestimmte Behindertenpolitik

DIE LINKE Mannheim streitet seit jeher für eine barrierefreie Gesellschaft, an der alle Menschen teilnehmen können. Hürden eröffnen sich überall. Sei es im Verkehr und in den Gebäuden oder in den Köpfen. Wir wollen diese Schranken einreißen, damit alle Menschen am Mannheimer Stadtleben teilhaben können.

Die Belange der Menschen mit Behinderungen müssen in jedem Stadium einer stadtplanerischen Maßnahme miteinbezogen werden. Die Behindertenverbände als ihre Interessenvertretungen sollen hierfür ein verbindliches Mitspracherecht erhalten.

## ► **Barrierefreie Mobilität**

Wer einmal mit einem Rollstuhl unterwegs war weiß, wie schwierig das sein kann. Bordsteine werden plötzlich zu unüberbrückbaren Barrieren, das Ein- und Aussteigen in den Bus wird zu einem Kraftakt. Was vielen selbstverständlich erscheint, ist für andere ein Ausschlusskriterium aus dem gesellschaftlichen Leben.

Wir möchten eine Gesellschaft gestalten, in der sich alle Menschen frei bewegen können und in der es für unsere Kinder selbstverständlich ist, Kinder mit Behinderungen als ganz "normale" Spielgefährten zu betrachten.

Deswegen fordern wir:

- Der barrierefreie Umbau aller Haltestellen muss schnellstmöglich erfolgen.
- Behindertenverbände müssen von Anfang an in die Planungen einbezogen werden.
- Sitztransporte der Behindertenfahrdienste während der ÖPNV-Zeiten
- Rollstuhlgerechte Fahrzeuge bei den hiesigen Taxi-Unternehmen anregen
- Barrierefreie Bordsteine, Fußgängerüberwege und Verkehrsanlagen
- Barrierefreier Zugang zu allen Wahlörtlichkeiten ist eine noch nicht realisierte Selbstverständlichkeit. Informationsveranstaltungen der Parteien müssen ebenfalls allen zugänglich sein.

## ► **Bauen und Wohnen**

- Barrierefreiheit bei Neu- und Umbauten und Sanierungen gemäß der Landesbauordnung
- Förderprogramm zum behindertengerechten Umbau von Wohnungen auf Zuschussbasis, ähnlich dem Heidelberger Konzept aus dem Jahre 2013

- Beratungsstelle für barrierefreien und bezahlbaren Wohnraum

- (Assistierte) Wohnen in den eigenen vier Wänden muss der stationären Unterbringung vorgezogen werden.

### ▶ **Inklusion**

- Barrierefreie und inklusive Kindergärten, Kindertagesstätten, Schulen und Berufsausbildungsbetriebe

- Das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung sehen wir als wichtigen Schritt hin zu einer aufgeklärteren Gesellschaft.

- Von der Stadt Mannheim und den Ausbildungsträgern fordern wir hierfür die Bereitstellung von ausreichend qualifiziertem Personal.

### ▶ **Freizeit, Kultur und Infrastruktur**

- Barrierefreie öffentliche Toiletten in jedem Stadtteil, rund um die Uhr

- Barrierefreie Bürgerdienste, noch in der nächsten Legislaturperiode

- Kulturelle Veranstaltungen mit städtischer Beteiligung nur noch barrierefrei, andernfalls muss die Stadt dies begründen

### ▶ **Arbeit**

Die Stadt setzt sich aktiv dafür ein, die Integration behinderter Menschen in den allgemeinen Arbeitsmarkt stärker zu fördern und dafür höhere Mittel zur Verfügung zu stellen, um dauerhaft Arbeitsplätze auf dem Ersten Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten.

### ▶ **Gemeinderat**

Der Gemeinderat befasst sich einmal jährlich mit der Umsetzung des Aktionsplanes "Mannheim - Auf dem Weg zur behindertenfreundlichsten Stadt" und hört dazu auch alle Personen, Gruppen und Organisationen an, die in der Behindertenpolitik aktiv sind.

Der Beauftragte für Menschen mit Behinderungen wird direkt dem Oberbürgermeister unterstellt. Zukünftig soll diese Position mit einer oder einem Betroffenen besetzt werden.

# 16. Queer

DIE LINKE Mannheim befürwortet den neuen Bildungsplan der Landesregierung, in dem auch über gleichgeschlechtliche Lebensformen gelehrt wird.

Da dieser Bildungsplan für ganz Baden-Württemberg gilt, sich aber die Regionen zum Teil deutlich unterscheiden, gilt es für die Mannheimer Schulen auf die Besonderheiten der Lebensweisen in einer Großstadt einzugehen.

In Mannheim ist ein queeres Leben fast nahezu ohne Ausgrenzung möglich. Homosexuelle und lesbische Paare gehören glücklicherweise mittlerweile zum Stadtbild. Hier liegt die besondere Herausforderung für die

Gestaltung des Unterrichts an den Mannheimer Schulen.

Aufgrund dieser besonderen Verantwortung muss die Stadt Mannheim eine fachlich kompetente Stelle (PLUS: Psychologische Lesben- und Schwulenberatung) mit der Erarbeitung eines Weiter- und Fortbildungsprogramms für die Mannheimer Lehrerinnen und Lehrer beauftragen.

Die Lehrerinnen und Lehrer sollen mit der neuen Herausforderung nicht alleine gelassen werden und die Schülerinnen und Schüler kompetent und lebensraumorientiert über die vielfältigen Lebensweisen in Mannheim unterrichten können.

# 17. Solidarisches und gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen

DIE LINKE Mannheim setzt sich für ein solidarisches und gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen unabhängig von Geschlecht, Nationalität, Hautfarbe und Religionszugehörigkeit in Mannheim ein. Wir stehen für eine offene Migrations- und Integrationspolitik und engagieren uns für die Stärkung der Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen. Rassismus und soziale Ausgrenzung führen zu Konflikten innerhalb der Gesellschaft und erschweren den Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten das Leben.

Das gilt insbesondere auch für die Auswirkungen des restriktiven Ausländer- und Asylrechts: Ständige Angst vor Abschiebung, teilweise Leben in der Illegalität und Schwarzarbeit wegen fehlender Arbeitserlaubnis, endlose Asylverfahren – all dies führt zu menschenunwürdigen Lebensverhältnissen und manchmal auch in die Kriminalität. Insbesondere kritisieren wir, dass Menschen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit kein umfassendes Wahlrecht in der Bundesrepublik haben, auch wenn sie schon lange hier leben.

Bundesgesetze können auf kommunaler Ebene nicht geändert werden. Dennoch trägt die Stadt Mannheim Verantwortung für eine Besserung der Lebensbedingungen dieser Bevölkerungsgruppe. Mannheim ist seit 400 Jahren eine Stadt mit hohem Migrantenanteil,

daher wollen wir die Toleranz und Willkommenskultur in unserer Stadt stärken. Für uns ist „Integration“ nicht die Unterwerfung unter die Kultur der Mehrheitsgesellschaft.

DIE LINKE Mannheim fordert:

- Kostenfreien Zugang zu Bildungsangeboten (Sprachkurse, Qualifizierungsmöglichkeiten, Universitätsbesuch)
- Respektvollen Umgang der Behörden mit ihren Klienten
- Interkulturelle Öffnung der Verwaltung, mehr migrantische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Stadtverwaltung und den städtischen Unternehmen
- Anerkennung von ausländischen Bildungs- und Berufsabschlüssen
- Unterstützung von migrantischen Vereinen bei ihrer Bildungs- und Unterstützungsarbeit für Kinder und Jugendliche
- Frühkindliche Spracherziehung durch zweisprachige Erzieher und Erzieherinnen
- An den Schulen und in der Öffentlichkeit muss über die Ursachen von Flucht und Migration aufgeklärt werden.

# Unsere Liste zum Gemeinderat

<b>Platz</b>	<b>Name</b>	<b>Beruf</b>	<b>Alter</b>
01	Thomas Trüper	Rentner	63
02	Gökay Akbulut	Lehrerin	31
03	Julien Ferrat (*)	Sozialwissenschaftler	22
04	Nalan Aydin	Apothekenhelferin	40
05	Roland Schuster	Elektroniker	58
06	Hilke Hochheiden	Wissenschaftliche Hilfskraft	20
07	Karlheinz Paskuda	Diplomsozialwirt	62
08	Karin Kübler-Kunz	Angestellte	55
09	Steven Kunz	Bautechniker	53
10	Jutta Graf-Baier	Rentnerin	66
11	Dennis Ulas	Geograph	24
12	Cinzia Fenoglio	Grafikerin	52
13	Ralf Wirth	Student	47
14	Sarah Hermes	Literaturwissenschaftlerin	22
15	Tekin Sirin	Lagerarbeiter	44
16	Elizabeta Brinkschulte	Druckvorlagenherstellerin	59
17	Andreas Scheibner	Bürokaufmann	38
18	Serap v. Ostrowski	Reinigungsfachkraft	49
19	Reiner Schindler	Bildungsreferent	58
20	Elke Campioni	Rentnerin	56
21	Andreas Ullrich	Kaufm. Angestellter	55
22	Rita Hagemann	Reiseverkehrskauffrau	50
23	Gerald Unger	Buchhändler	67
24	Waltraud Hutter	Sozialarbeiterin	64
25	Andreas Pawelczyk	Diplomvolkswirt	56
26	Peggy Chipman	Hotelkauffrau	31
27	Martin Haffner	Travestie-Künstler	40
28	Natalie Kamrad	Studentin	26
29	Klaus Overhoff	Bürokraft	58
30	Irmgard Rother	Rentnerin	64
31	Michael Kamrad	Hausmann	57
32	Dieta Thüringer	Rentnerin	80

<b>Platz</b>	<b>Name</b>	<b>Beruf</b>	<b>Alter</b>
33	Sven Metzmaier	Industriemechaniker	34
34	Susanne Göpel-Müller	Erzieherin	31
35	Simon Sontowski	Krankenpfleger	24
36	Antonie Eiermann	Rentnerin	74
37	Reinhold Gebhardt	Rentner	65
38	Rotraud Schmidt	Sachbearbeiterin	63
39	Kevin Dennis Christmann	Historiker	24
40	Teresa Curcio	Angestellte	51
41	Resul Kalfa	Elektriker	67
42	Walter Strasser	Fernsehtechnikermeister	61
43	Dr. Norbert Elb	Sexualwissenschaftler	61
44	Jürgen Leonhard	Lehrer iR	73
45	Pascal Waldecker	Schüler	19
46	Siegmond Bernatek	Diplomsozialpädagoge	59
47	Günther Schaaf	Rentner	88
48	Bernd Nemitz	Techniker	43

(\*) Julien Ferrat ist aus der Partei ausgetreten und wird von der LINKEN nicht mehr unterstützt. Er hielt jedoch an seinem Listenplatz fest. DIE LINKE konnte wegen Fristablaufs nicht mehr reagieren. Näheres war der Presse im Zusammenhang mit den Studentenparlamentswahlen zu entnehmen.

# MANNHEIM FÜR ALLE!



## Für eine Fraktion, die wirkt!

**Thomas Trüper**  
Herzogenried  
Stadtrat  
Listenplatz 1

**Gökay Akbulut**  
Innenstadt  
Lehrerin  
Listenplatz 2

**Nalan Aydin**  
Wohlgelegen  
Apothekenhelferin  
Listenplatz 2

**Roland Schuster**  
Neckarstadt West  
Elektroniker  
Listenplatz 5

# solidarisch & sozial

[www.dielinke-ma.de](http://www.dielinke-ma.de)

**DIE LINKE.**  
KREISVERBAND MANNHEIM

DIE LINKE. Mannheim | T6, 37 | 68161 Mannheim | Tel.: 0621 / 1 22 72 18 | [info@dielinke-ma.de](mailto:info@dielinke-ma.de)

## Eintrittserklärung

Hiermit erkläre ich,

Name, Vorname

meinen Eintritt in die Partei DIE LINKE, Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL).

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen des Programms der Partei DIE LINKE, erkenne die Bundessatzung an und bin nicht Mitglied einer anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes.

### Weitere Angaben zu meiner Person

Geburtsdatum

Beruf

Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)

  

Telefonnummer

E-Mail-Adresse

Warst du früher bereits Mitglied einer Partei im Sinne des Parteiengesetzes? Wenn ja, in welcher?

Die Angaben dienen der Nachweisführung und der statistischen Auswertung der Mitgliederentwicklung sowie der Verbesserung der Kommunikation. Sie werden im Parteivorstand, den Landesverbänden und in den Gliederungen der Partei DIE LINKE entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt und aufbewahrt.

Ort und Datum

Unterschrift



# Mitmachen!

DIE LINKE. Mannheim

T6, 37

68161 Mannheim

Tel: (0621) 1227218

Fax: (0621) 4017139

[www.dielinke-ma.de](http://www.dielinke-ma.de)

[info@dielinke-ma.de](mailto:info@dielinke-ma.de)